



Themen in dieser Ausgabe:

- **Drei neue Bücher zur Rolle des Kaiserhauses in der Zeit des Nationalsozialismus**
- **Wahlen in Libyen verschoben**
- **Steinmeier vor zweiter Amtszeit**
- **Gedämpfte Feiern zum 50. Thronjubiläum in Dänemark**

Jahr 17, Ausgabe 1

16.01.22

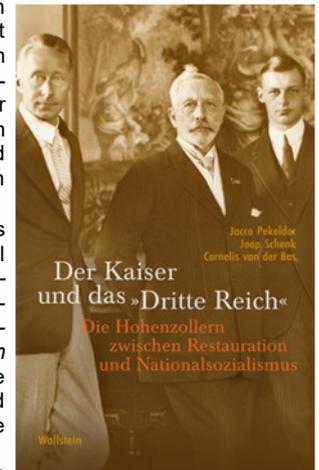
Bezieher: 590

Drei neue Bücher zur Rolle des Kaiserhauses in der Zeit des Nationalsozialismus

Spätestens seit ein TV-Moderator vier der fünf lesenswerten Historiker-[Gutachten](#) veröffentlicht hat, wurde die „Debatte“ um die Entschädigungsforderungen des Kaiserhauses für die Enteignungen nach dem 2. Weltkrieg in den Medien mit der zu erwartenden Hysterie und Polemik geführt. Es wäre illusorisch, zu glauben, die Auseinandersetzung würde mit weniger harten Bandagen geführt, hätte *Prinz Georg Friedrich* auf die zahlreichen Unterlassungsklagen u.a. gegen einen der hier zu rezensierenden Autoren verzichtet. Eine sachliche Diskussion auf geschichts- und rechtswissenschaftlicher Ebene scheint nicht mehr möglich, längst haben persönliche Angriffe und Unterstellungen die abwägende Argumentation ersetzt. Ein renommierter Fachgelehrter wie *Wolfram Pyta*, Lehrstuhlinhaber an der Universität Stuttgart, Direktor der [Forschungsstelle Ludwigsburg](#) für NS-Verbrechensgeschichte und für seine [Hindenburg-Biographie](#) weithin gelobt, muß sich nun des wissenschaftlichen Dilettantismus bezichtigen lassen, und der Emeritus *Lothar Machtan*, der in den letzten beiden Jahrzehnten nun wahrlich nicht als unkritischer Hohenzollern-Apologet aufgefallen ist und dessen Arbeiten über *Prinz August Wilhelm*, die [Abdankung](#) und den vom ZDF [verfilmten Kaisersturz](#) von den üblichen Verdächtigen des bundesrepublikanischen Feuilletons mit Wohlwollen aufgenommen worden sind, sieht sich nun von seinen ehemaligen Claqueuren als unseriöser und käuflicher Fürsteneckdiffeant diffamiert, weil seine jüngsten Forschungen über *Kronprinz Wilhelm* nicht zu den erwünschten Schlußfolgerungen geführt haben. Schützenhilfe erhalten die Kontrahenten durch [Besprechungen](#) von Fachkollegen, die wie *Karina Urbach* in der Vergangenheit mit zweifellos [bedeutenden Publikationen](#) hervorgetreten sind, sich aber in der Hohenzollern-Kontroverse bereits unzweideutig positioniert haben und wegen erwiesener Falschbehauptungen Unterlassungserklärungen abgeben mußten.

Stephan Malinowski ist bereits 2003 mit einer [wegweisenden Studie](#) zur Rolle des Adels im Nationalsozialismus hervorgetreten, in die freilich von der Presse viel hineinskandalisiert worden ist, was der Autor so nie geschrieben hatte. *Malinowski*s großes und unbestreitbares Verdienst in seinem neuen Werk über die *Hohenzollern und die Nazis* ist es, eine enorme Zahl an Quellen noch an den entlegenen Stellen aufgetan zu haben. In gewisser Hinsicht ähnelt der Band damit *John Röhl*s monumentaler Kaiserbiographie, krankt aber ebenso wie diese stellenweise an einer fragwürdigen Interpretation. Der manchmal gewagten Argumentation wird mit umfangreichen Quellenbelegen der Anschein der Schlußsicherheit gegeben, eine Überprüfung der Fußnoten läßt dann aber doch Zweifel aufkommen, ob die

Fortsetzung auf Seite 2



Wahlen in Libyen verschoben

Am 24. Dezember sollten in Libyen nach langer Vorbereitung Parlamentswahlen stattfinden. Unter anderem hatte sich Deutschland mit der Ausrichtung zwei internationaler Konferenzen zu Libyen darum sehr bemüht. Dieses Vorhaben ist nun zunächst ins Wasser gefallen, zwei Tage vor dem Termin wurde ihre Verschiebung um einen Monat bekanntgegeben. Am 24. Januar, so der neue Plan, sollen sie gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Auch dieses Datum erscheint jedoch immer weniger realistisch.

Dies ist jedoch nicht weiter schlimm, denn selbst wenn sie stattfinden könnten, würde nur derselbe Fehler wiederholt, den die westlichen Länder schon in Afghanistan oder im Irak begangen haben, nämlich zu glauben, daß Wahlen ein Allheilmittel seien und irgendwann zu einer Demokratie nach westlichem Muster führen werden. Unter denen, die in Libyen ihr passives Wahlrecht wahrnehmen wollen, sind jedoch so sympathische Persönlichkeiten, wie der Gaddafi-Sohn *Seif-al-Islam*, der we-

gen mutmaßlicher Kriegsverbrechen noch eine Rechnung mit dem internationalen Strafgerichtshof offen hat, oder Kriegsherr *Chalifa Haftar*. Es wäre sicher toll, wenn eine dieser hervorragenden Persönlichkeiten bald bei der UN für sein Land Reden halten könnte und überhaupt wäre es natürlich ein Superergebnis der militärischen Intervention des Westens im libyschen Bürgerkrieg zu Ungunsten des damaligen Diktators, wenn solche Leute in dem Land jetzt wieder Macht bekommen. Auch die gemäßigten Kandidaten sind nicht unbedingt besser, wie Tunesien zeigt: Es galt lange als das Musterland des arabischen Frühlings. Der dortige Präsident *Kais Saied* hat jedoch im vergangenen Sommer die Tätigkeiten des Parlaments ausgesetzt. Ende 2022 will er es neu wählen lassen und natürlich werden diese Wahlen frei und fair sein und keinesfalls wird es danach eine bequeme Mehrheit für den Präsidenten geben. Daneben gibt es noch eine weitere, klitzekleine Schwierigkeit, denn der Plan mit den Wahlen setzt voraus, daß die Wahlverlierer brav

die Waffen abgeben und nach Hause gehen. Das ist bestimmt sehr realistisch und die Wahlverlierer werden nicht etwa dem Gewinner Wahlbetrug vorwerfen und dies als Begründung nehmen, den Bürgerkrieg fortzusetzen. Alles in allem ist der Plan mit den Wahlen also Schwachsinn. Libyen braucht echte Lösungen. Man könnte das Land natürlich teilen und den Osten den Haftartruppen und den Westen der Übergangsregierung überlassen. In beiden Landeshälften würden dann sicher hin und wieder einmal Wahlen durchgeführt und gefälscht. Eine andere Lösung wäre aber eben eine föderale Monarchie. Libyen war vor der italienischen Kolonialzeit nie ein wirklicher Staat und am besten schlugen sich noch die Osmanen, die die verschiedenen Stämme einfach nach ihrer Façon selig werden ließen. Auch die nach der Unabhängigkeit ausgerufenen libysche Monarchie (1951-1969) unter *König Idris I.* respektierte Libyens lose, föderale Strukturen. Ein solcher Föderalismus unter einem König könnte also eine gute Lösung für Libyen sein.LR

Fortsetzung von Seite 1

aufgestellten Behauptungen sich damit stützen lassen. Dies wird unter anderem an einer zentralen Stelle der Abhandlung deutlich, nämlich der Frage nach den Auswirkungen des Wahlaufspruchs des Kronprinzen für *Hitler* bei der Reichspräsidentenwahl 1932. *Malinowski* gibt zwar zu, daß sich der tatsächliche Effekt nicht seriös beziffern lasse, „kenntnisreiche Beobachter“ unter den Zeitgenossen hätten ihn jedoch als hoch eingeschätzt. Als Referenz dient hier allerdings lediglich ein Artikel des elsässischen Sozialisten *Salomon Grumbach* in einer französischen Regionalzeitung. Grundsätzlich gelingt es *Malinowski* nicht, schlüssig darzulegen, wie sich das angeblich immense symbolische Kapital von Adel und Monarchie im Jahre 1933 – das aber bereits 1934 schon wieder weitgehend zerronnen sei – mit der gleichzeitig konstatierten politischen Bedeutungslosigkeit des Monarchismus in Einklang bringen läßt. Wen interessierte es überhaupt, wem der „Ex-Kronprinz“ seine Stimme gab, und noch wichtiger, wer machte seine eigene Wahlentscheidung davon abhängig? So faszinierend die von *Malinowski* zusammengetragenen Details auch sind, lassen sie den Leser doch zu häufig ratlos zurück, wenn es um die Einschätzung ihrer Bedeutung geht. Wie sind jene amerikanischen Presseberichte des Jahres 1941 zu interpretieren, nach denen *Hitler Prinz Louis Ferdinand* wegen dessen Ehe mit einer russischen Großfürstin nach dem Sieg über die Sowjetunion dort zum Monarchen machen wollte? Welches Gewicht ist dagegen dem Bericht einer OSS-Agentin beizumessen, der Prinz sei eine zentrale Figur in einer monarchistischen Opposition gegen den Nationalsozialismus, die auch vom Kreml als solche wahrgenommen werde? Zogen Politiker der Westalliierten daraus irgendwelche Konsequenzen, oder handelt es sich dabei nicht eher um randständige Kuriosa? Über manche Flüchtigkeitsfehler in *Malinowskis* Ausführungen würde man normalerweise hinwegsehen, da solche Ungenauigkeiten jedoch manchem den Hohenzollern gewogenen Gutachter akribisch angekreidet worden sind, soll hier nur recht sein, was dort billig ist. So schreibt der Autor nicht nur den Namen des NSDAP-Politikers *Artur Görhlitzer* falsch, sondern bezeichnet ihn auch noch als Gauleiter von Berlin, obwohl er nur Stellvertreter des eigentlichen Amtsinhabers *Joseph Goebbels* war. An anderer Stelle behauptet *Malinowski*, der Kaiser habe zu seinem Geburtstag am 27. Januar 1933 in Doorn den Besuch der „Ex-Könige“ von Sachsen und Württemberg empfangen – da waren *Friedrich August III.* und *Wilhelm II.* freilich aber schon lange tot. Der interessanteste Abschnitt in *Malinowskis* Buch ist sicher das abschließende Kapitel über die Geschichtspolitik des Hauses nach 1945 und die Versuche, die Deutungshoheit über die eigene Rolle in der Zeit des Nationalsozialismus zu erringen. Manche hier gelieferte Einsicht ist ermutigend, etwa das freimütige Bekenntnis *Louis Ferdinands* in einem Brief an einen Vertrauten *Henry Fords*, bei der Reichstagswahl im März 1933 für die NSDAP gestimmt zu haben – ein Detail, das der Prinz in seiner Autobiographie übergangen hat.

Auch wenn die Entstehung von *Lothar Machtans* politischer Biographie *Der Kronprinz und die Nazis* vom Kaiserhaus etwa durch die Zugänglichkeit der Familienarchive gefördert wurde und der Autor sein Werk in Gegenwart des Chefs des Hauses [der Öffentlichkeit präsentieren](#) durfte, ist die Lektüre aus monarchistischer Sicht keine angenehme, aber nichtsdestotrotz erhellend. *Kronprinz Wilhelm* erscheint hier nämlich nicht etwa als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus, der im Bunde mit konservativen und reaktionären Kräften eine Machtübernahme *Hitlers* zu verhindern gesucht hätte, sondern als vollkommen unfähiger Dilettant, dessen politische Sprunghaftigkeit und Kurzsichtigkeit ihn für die Nazis zu einem unsicheren Kantonisten und als Bündnispartner weitgehend wertlos machten. Der Kronprinz habe niemals eine konzise politische Strategie mit langfristigen Zielen verfolgt, sondern sei erst Ende der 1920er Jahre und bestärkt durch seinen Freund, den intriganten General *Kurt von Schleicher* in dessen hasardeurhaftes politisches Ränkespiel hineingezogen worden, habe sich dann aber in arroganter Überschätzung der eigenen Bedeutung mit Verve hervorgetan. So kommt *Machtan* auch zu einer realistischeren Einschätzung als *Malinowski*, wenn er das oft angeführte symbolische Kapital, das der Kronprinz den Nazis verschafft



haben soll, letztlich als reine „Luftnummer“ entlarvt, da der deutsche Monarchismus in der Zwischenkriegszeit nie über den Status einer „Phantasmagorie“ hinausgekommen sei. Selbst in streng legitimistischen Kreisen habe *Kronprinz Wilhelm* sein Ansehen durch seine Flucht 1918 und sein skandalöses Privatleben nachhaltig zerstört. Für *Machtan* folgt daraus aber keineswegs, der Kronprinz habe *Hitler* nicht unterstützt. Vielmehr, so wird man folgern müssen, stellten *Wilhelms* Bemühungen aufgrund der eigenen Unfähigkeit und Mittelmäßigkeit in juristischen Kategorien einen (freilich dennoch strafbaren) untauglichen Versuch dar.

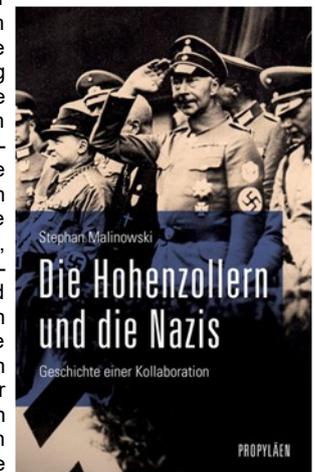
Der schmale, vom Museum Huis Doorn herausgegebene Band *Der Kaiser und das „Dritte Reich“* bietet im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Werken nicht viel Neues, faßt die bekannten Fakten aber noch einmal knapp zusammen. Die unaufgeregte Perspektive von außen auf eine typisch deutsche „Debatte“, vor allem aber die aufgezeigten Parallelen um die Ansprüche des Kaiserhauses auf den Exilsitz *Wilhelms II.* nach dem 2. Weltkrieg, liefern dennoch zusätzliche Erkenntnisse. So etwa, daß die von *Prinz Georg Friedrich* erneuerten – inzwischen abgeschmetterten – Forderungen wohl vor allem vor dem Hintergrund der zeitweise drohenden Einstellung der Finanzierung des Doorner Museums durch den niederländischen Staat zu sehen sind. Seit diese Gefahr gebannt und der Fortbestand des Gedenkortes gesichert ist, hat das Kaiserhaus von seinen Ansprüchen Abstand genommen.

Bei aller Detailkritik an den drei hier vorgestellten Arbeiten besteht kein Zweifel daran, daß es sich um wichtige und für jeden Monarchisten lesenswerte Beiträge zur Geschichte des Kaiserhauses nach 1918 handelt, die neue Perspektiven öffnen und eine enorme Zahl bisher unbekannter Details und Quellen bekannt machen. Das Dilemma an der Hohenzollern-Debatte ist wohl, daß hier zwei Disziplinen – Rechts- und Geschichtswissenschaft – zusammenstoßen, die den Erwartungen nicht entsprechen können, die sie wechselseitig haben. Historiker maßen sich richterliche Kompetenz an, indem sie den schwammigen Rechtsbegriff der „erheblichen Vorschubleistung“ nach eigenem Gusto interpretieren. In juristischem Sinne kann es sich dabei aber wohl nur um den Straftatbestand der Begünstigung handeln (im österreichischen Strafrecht wäre es dagegen die Ermöglichung eines Verbrechens durch bloße Unterlassung). Begünstigen kann man freilich nur eine strafbare Handlung, doch welche sollte das gewesen sein? In einem weiteren Sinne alle verbrecherischen Handlungen, die nach 1933 von der NS-Regierung angeordnet und begangen wurden? Oder das an sich wohl kaum strafbare Bemühen *Hitlers*, sich vom Reichspräsidenten zum Kanzler ernennen zu lassen – obgleich er mit seinen Diktaturplänen nicht hinter dem Berg hielt? Die Fakten über das Verhalten des Kronprinzen und weiterer Familienmitglieder liegen nun weitgehend auf dem Tisch. Ihre abschließende Beurteilung obliegt – zum Glück, bedenkt man die [wohlfeilen Ratschläge](#) mancher Historiker an die Richter – weder der Geschichtswissenschaft, noch Journalisten, sondern einer hoffentlich nach wie vor unabhängigen und unparteiischen Justiz, die in bester preussischer Tradition nach Recht und Gesetz, und nicht nach Sympathie und aus Moralismus urteilt. T.G.

Stephan Malinowski: [Die Hohenzollern und die Nazis](#). Geschichte einer Kollaboration, Berlin, Propyläen, 2021, 752 S., ISBN 978-3-549-10029-5, 35 €.

Lothar Machtan: [Der Kronprinz und die Nazis](#). Hohenzollerns blinder Fleck, Berlin, Duncker & Humblot, 2021, 300 S., ISBN 978-3-428-18394-4, 29,90 €.

Jacco Pekelder, Joep Schenk, Cornelis van der Bas: [Der Kaiser und das „Dritte Reich“](#). Die Hohenzollern zwischen Restauration und Nationalsozialismus, Göttingen, Wallstein, 2021, 135 S., ISBN 978-3-8353-3956-9, 22 €.



Steinmeier vor zweiter Amtszeit

Nachdem es Mitte 2021 noch nach einer Regierung ohne Beteiligung der SPD ausgesehen hatte, weswegen der gegenwärtige Bundespräsident *Steinmeier* wohl bereits auf gepackten Koffern gesessen haben dürfte, ist seine Wiederwahl jetzt sicher. Zarter Widerstand kam anfangs noch von Grünen und CDU, die überlegten, eine Frau zu nominieren. Monarchisten mag dieses Kriterium erstaunen, wirft man ihnen doch im Allgemeinen vor, sie würden sich ein Staatsoberhaupt nach biologischen Kriterien wünschen. Die sonst sehr auf Frauen in Führungspositionen achtenden Grünen dürften jedoch bei ihrem Rückzieher die Harmonie in ihrer Regierungskoalition im Sinn gehabt haben und die CDU hat wohl einfach keine Frau gefunden, die sich für eine vorhersehbare Niederlage in der Bundesversammlung aufstellen lassen wollte. Nun wird es also keine Frau, sondern zum zweiten Mal *Steinmeier*, woran auch nichts ändert, daß sowohl Linkspartei als auch AfD eigene Kandidaten aufstellen. Neben den Bundestagsabgeordneten entsenden die Bundesländer Repräsentanten in die Bundesversammlung, die dann den Präsidenten wählt. Oftmals sind diese keine Politiker, sondern bekannte Persönlichkeiten, die die Gesellschaft repräsentieren und so dem Volk einen Eindruck der Mitbestimmung vermitteln sollen. Glaubwürdig ist dies natürlich nicht, denn der Sieger steht vorher fest und gleichzeitig wird jedes Element direkter Demokratie auf Bundesebene seit Jahren und Jahrzehnten erfolgreich verhindert. Insofern ist dies also keine echte Wahl und man könnte dem Steuerzahler das Zusammentreten der Bundesversammlung ersparen. Der ehemalige schleswig-holsteinischen Ministerpräsident *Harry Carstensen* hat im übrigen einmal gezeigt, wie es geht: [Er blieb der Bundesversammlung fern, weil sein Dackel krank war.](#)

Zu *Frank-Walter Steinmeier* kann man positiv sagen, daß er seiner Frau eine Niere spendete. Dies zeugt immerhin von Mut. [Neben der bekannten Tätigkeit für eine vom Verfassungsschutz beobachtete, linksextreme](#)



Zu den Gästen, die Frank-Walter Steinmeier in Berlin empfing, gehörte auch das jordanische Königspaar.

[Zeitschrift](#) während seines Studiums, die man als Jugendsünde abtun kann, blieb *Steinmeier* als Politiker eher blaß. Unter *Gerhard Schröder* war er Chef des Kanzleramts und unter *Merkel* zwei Mal Außenminister, ohne besondere eigene Akzente zu setzen, an die man sich

erinnern würde. In seiner ersten Amtsperiode als Bundespräsident hat [Steinmeier dagegen mehrere Male danebengegriffen](#). Hier ist an Fehlritte wie ein Glückwunschtelegramm an die blutigen Atomullahs im Iran zum Jahrestag ihrer mörderischen Revolution sowie die Empfehlung eines Konzertbesuchs einer links-extremen Musikgruppe zu denken. Negativ ist jedoch vor allem seine Geschichtspolitik zu sehen. So verklärt er die Revolution von 1848, während er [den 150. Jahrestag der Reichsgründung von 1871 nur sehr stiefmütterlich behandelte](#). Demokratie setzt er offenbar fälschlicherweise mit der Republik gleich, und so gab er unlängst auch ein Buch mit heraus, in dem deutsche Republikaner gewürdigt werden. Den 9. November 1918 stellt er im übrigen in eine Reihe mit dem 9. November 1989, wo es auch um die Freiheit gegangen sei. Wahrscheinlich hat er da sogar recht, nur nicht so, wie er denkt. Für eine zweite Amtszeit *Steinmeiers* läßt dies nichts Gutes im Hinblick auf die aktuellen, ein objektives Geschichtsbild zu Gunsten politisch-ideologischer Deutungen verzerrenden Debatten etwa um *Bismarck* oder die Hohenzollern vermuten. L.R.



Grönland, das Teil des Königreichs Dänemark ist, ehrte Königin Margrethe II. mit einer Sondermarke zum 50. Thronjubiläum. Dasselbe taten auch die Färöerinseln (unten) mit einer speziell gestalteten Briefmarke.



I. M. Königin Margrethe II. von Dänemark:

Jeder weiß, daß ich rauche. Ich werde mich auch nicht dagegen wehren. Ich bin nicht annähernd perfekt, aber zumindest bin ich kein Heuchler.

Gedämpfte Feiern zum 50. Thronjubiläum in Dänemark

Während im Vereinigten Königreich und dem Commonwealth die [Vorbereitungen auf das Platinjubiläum von Königin Elizabeth II.](#) auf Hochtouren laufen, ist in Dänemark der Jahrestag der Proklamation von *Königin Margrethe II.* bereits in gediegener Stille begangen worden. Nur wenige Dänen waren als Zuschauer zugelassen, als zwei Generationen der Familie sich in Roskilde versammelten und des verstorbenen Königspaares *Frederik* und *Ingrid* gedachten. Mit dem Tod *König Frederiks IX.* wurde dessen älteste Tochter am 14. Januar 1972 automatisch seine Nachfolgerin. Die Proklamation durch den sozialdemokratischen Premierminister *Jens Otto Krag* auf dem Balkon von Schloß Christiansborg einen Tag später war nur die symbolische Bestätigung

des vollzogenen Thronwechsels. Sie gab auch der Bevölkerung Gelegenheit zur Huldigung und zur Versicherung ihrer Loyalität. Eine schlichte, jedoch eindrucksvolle Zeremonie, denn natürlich trauerten die Dänen um ihren Monarchen, der 25 Jahre dem Land gedient hatte. Daß die gedämpfte Stimmung 50 Jahre später wegen der grassierenden Pandemie eine Wiederholung finden würde, konnte niemand ahnen, aber wenn man die traurigen Gesichter in Roskilde ansieht, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß heuer der Königsfamilie nicht nach Freudenfesten zum Goldenen Thronjubiläum in Dänemark wurden auf den September 2022 verschoben. H. S.

Tage:

- 21. Januar 1962: König Simeon II. der Bulgaren heiratet die Aristokratin [Doña Margarita Gómez-Acebo y Cejuela](#).
- 29. Januar 1982: † [Palden Thondup Namgyal, 12. Chogyal von Sikkim](#), bis zur Invasion indischer Truppen 1973 und der bis heute andauernden Annexion war er Herrscher des Himalayakönigreichs Sikkim.
- 30. Januar 1962: * Prinz Abdullah bin Al-Hussein von Jordanien, seit 7. Februar 1999 vierter König des Haschemitischen Königreichs Jordanien.

Impressum:

Herausgeber: V.i.S.d.P. Lukas Rottnick, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich. ©Krone: David Liuzzo

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. Januar 2022